

*-Arbeitsübersetzung-*

## **Erklärung des SPE-Präsidiums: Gegen die Stigmatisierung von LGBTIQ-Menschen, für den Schutz der Rechte aller EU-Bürger**

**Sitzung des SPE-Präsidiums vom 25.06.2021, Berlin**

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) verurteilt aufs Schärfste den jüngsten, am 15. Juni 2021 vom ungarischen Parlament verabschiedeten Gesetzentwurf, der es verbietet, dass Hinweise auf Homosexualität, Geschlechtsumwandlung und Geschlechtsidentität in Schulunterrichtsmaterialien und Fernsehsendungen für Minderjährige diskutiert oder gezeigt werden. Das Gesetz stigmatisiert und diskriminiert die gesamte LGBTIQ-Community und spaltet die Gesellschaft als Ganzes. Es ist Teil einer breiteren antidemokratischen und antifeministischen Agenda, die systematisch LGBTIQ- und Frauenrechte angreift.

Das neue Gesetz ist nicht nur eine neue Form der Zensur, sondern auch ein klarer Verstoß gegen europäisches und internationales Recht, der die Feindseligkeit und Diskriminierung gegen LGBTIQ-Menschen schüren könnte. Es verstößt schwerwiegend gegen die Menschenrechte und die Grundrechte der EU, insbesondere gegen Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 21 der Charta der Grundrechte, die verkünden, dass die Union auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit und der Nichtdiskriminierung beruht. Das Gesetz beraubt darüber hinaus junge Menschen auch des Rechts auf eine umfassende Aufklärung über Sexualität.

Als Sozialdemokraten haben wir immer gegen Diskriminierung und Bigotterie gekämpft. Wir werden diesen Kampf niemals aufgeben. Die SPE bringt ihre volle Unterstützung für die LGBTIQ-Community in Ungarn und überall dort, wo sie diskriminiert wird, zum Ausdruck. Wir sind Verbündete aller Opfern von Diskriminierung, wo auch immer sie sein mögen.

Wir rufen alle EU-Mitgliedstaaten auf, sich entschieden gegen solch diskriminierendes Verhalten zu stellen. Wir fordern die Europäische Kommission auf, alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente zu nutzen, um gegen Regierungen wie die ungarische vorzugehen, die unsere gemeinsamen Werte untergraben und die Rechtsstaatlichkeit verletzen.

Die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte sind das Fundament, auf dem die Europäische Union aufgebaut ist. Wir müssen in ihrer Verteidigung vereint sein. Alle Europäer, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung, verdienen es, in einer Union der Gleichheit, der Toleranz und des Respekts zu leben. Alle europäischen Bürger können sich darauf verlassen, dass die SPE in diesem Kampf an vorderster Front steht.